

Name des Antragstellers	PLZ, Ort, Datum
Anschrift mit Telefon	

Zutreffendes ankreuzen!

## Antrag auf Erteilung

- einer **Ausnahmegenehmigung**  
gem. § 46 Abs. 1, Nr. 8 StVO  
für Inanspruchnahme von öffentl. Verkehrsgrund  
(§ 32 StVO)
- einer **verkehrsrechtlichen Anordnung**  
gem. § 45 Abs. 6 StVO

**Anlagen: \*)**

- 1 Beschilderungsplan (Vorschlag)       1 Umleitungsplan (Vorschlag)      \*) Nur erforderlich, wenn neben der Ausnahmegenehmigung eine Anordnung nach § 45 Abs. 6 StVO erforderlich ist.

### I. Zur Inanspruchnahme von öffentlichem Verkehrsgrund beantragt

Name, Vorname / Firma
Anschrift

#### die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zur

<input type="checkbox"/> Lagerung von Baumaterial	<input type="checkbox"/> Aufstellung eines Bau- und Gerätewagens
<input type="checkbox"/> Aufstellung eines Baugerüstes	<input type="checkbox"/> Aufstellung eines Containers
<input type="checkbox"/> Aufstellung eines Bauzaunes	<input type="checkbox"/> Sperrung eines Gehweges
<input type="checkbox"/> Aufgrabung von öffentlichem Verkehrsgrund	<input type="checkbox"/>

in

Soweit notwendig, ist eine Lageskizze anzufertigen, aus der die Örtlichkeit der vorgesehenen Bauarbeiten hervorgeht.

Ort, Straße, Haus-Nr.				
Straßenbezeichnung (Bundes-, Staats-, Landes-, Kreis-, Gemeinde-Straße, Gehweg)				
Beginn und Dauer der Maßnahme				
Ausführende Firma:				
Verantwortlicher Bauleiter:				
Telefonisch zu erreichen	von	bis	Uhr	Telefon (mit Vorwahl)
Während der Arbeitszeit				Telefon (mit Vorwahl)
Außerhalb der Arbeitszeit				

### II. Ferner wird beantragt

**der Erlaß einer verkehrsrechtlichen Anordnung gem. § 45 Abs. 6 StVO** (Verkehrsbeschränkung bzw. Verkehrsverbote)

in der

Straßenbezeichnung: (Straßenname)
Straßenzug bzw. Streckenbezeichnung (Bundesstraße, Landstraße I. oder II. Ordnung Nr.) zwischen km und km:
Streckenlänge:
Grund der Verkehrsbeschränkung:
Art der Verkehrsbeschränkung:
Umleitungsstrecke (Straßenbezeichnung und Mehrlänge – Lageskizze anliegend):

#### Erklärung:

Es wird ausdrücklich versichert, daß der Antragsteller und die bauausführende Firma die Verantwortung für die ordnungsgemäßen Sicherungsmaßnahmen gegenüber dem ruhenden und fließenden Verkehr übernehmen, wenn die Ausnahmegenehmigung und Anordnung erteilt wird. Eignen sich Unfälle (auch Verkehrsunfälle), die durch diese Maßnahme bedingt sind und mit ihr in ursächlichem Zusammenhang stehen, so wird die Haftpflicht gegenüber dem jeweiligen Träger der Straßenbaulast in vollem Umfange übernommen.

Unterschrift des verantwortlichen Antragstellers

Firmenstempel